

Wandel

In dieser Ausgabe: Leipzig im Wandel – Wie politische und gesellschaftliche Veränderungen die Stadt immer wieder neu prägen.

Ab Seite 10

POLITIK

Wirklich 630 Tausend?

Wir haben uns die Einwohnerzahl Leipzigs genau angesehen.

Ab Seite 14

LITERATUR

Literarische Herbstlese

In unserer literarischen Kolumne beschäftigt sich Jens-Uwe Jopp mit klassischer Herbstliteratur.

Ab Seite 24

'89
Lichtfest
Leipzig

'89
Lichtfest
Leipzig

Lich

Editorial

Von René Loch

Liebe Leser*innen, im Schwerpunkt dieser Ausgabe haben wir drei Texte zusammengetragen, die unter dem Motto „Im Wandel“ stehen. Dieses Motto beschreibt auch sehr gut, was gerade im Freistaat Sachsen auf höchster politischer Ebene geschieht. Nach der Landtagswahl sind CDU, SPD und das noch nicht mal ein Jahr alte BSW angetreten, um eine Koalition zu bilden, wie es sie bislang noch nicht gegeben hat. Gut, in Thüringen und Brandenburg (dort aber ohne die CDU) sind die Parteien schon etwas weiter, sodass eine mögliche Brombeer-Koalition in Sachsen dann wohl nicht mehr die erste ihrer Art wäre. Dennoch ist gerade vieles neu.

Neu ist vor allem die Art und Weise, wie das BSW in den Gesprächen und Verhandlungen agiert. In Thüringen sorgte für Empörung, dass sich die de facto aus einer Person bestehende Parteiführung aus dem Bund heraus massiv in die Gespräche einmischt, sodass diese möglicherweise sogar kurz vor dem Scheitern standen. Und in Sachsen stimmt das BSW im Landtag für einen Untersuchungsausschuss der AfD, sodass auch hier zumindest Irritationen auftreten. Rund die Hälfte der BSW-Abgeordneten sind völlige Neulinge im Politbetrieb; selbst wenn es zu einer Koalition kommen sollte, dürfte gerade in der Anfangszeit einiges anders laufen als gewohnt.

Die aktuellen Konstellationen zeigen deutlich, dass sich das Parteiensystem gerade im Wandel befindet. Es orientiert sich damit an der aktuellen Weltlage, die in diesem Jahr noch mal ein gutes Stück komplizierter geworden ist. Ob in den USA eine Demokratin die Wahlen gewinnt oder ob es doch zur zweiten Amtszeit eines Mannes kommt, den manche als Faschisten bezeichnen, wird wenige Tage nach Veröffentlichung dieser Ausgabe entschieden. Im Vergleich zu den dort befürchteten Umwälzungen geht es in Sachsen dann doch eher gemütlich zu.

Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre dieser Ausgabe. ■

Foto: Jan Kaefer



Diesen Monat in der LZ

STADTRAT

Wohnungen, Verkehr, Gewalt und ein jüdischer Feiertag
Seite 4

THEMENMIX

Wenn die Stasi nicht mehr da ist
Seite 10

THEMEN DES MONATS

Grünfläche an der „Südbrause“
Seite 12

Leipziger Einwohnerzahl: 630.000?
Seite 14

Grünen-Vorstoß beim Schwarzfahren
Seite 15

Fischsterben im Auensee
Seite 16

Radikale linke Kleinstgruppen
Seite 18

KOLUMNEN

Jens-Uwe Jopp
ab Seite 24



BILD DES MONATS

Lichtfest in Leipzig

Auch im Jahr 2024 – also 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution – sind wieder tausende Menschen im Leipziger Zentrum auf die Straße gegangen, um an die historischen Ereignisse zu erinnern. In diesem Jahr hielt Bundeskanzler Olaf Scholz die „Rede zur Demokratie“. Die ehemalige Stasi-Unterlagen-Beauftragte und frühere Bürgerrechtlerin Marianne Birthler war als Festrednerin geladen. ■

IMPRESSUM

LZ Medien GmbH

Bernhard-Göring-Straße 152, 04277 Leipzig
Tel.: 0341 3065-210, E-Mail: redaktion@l-iz.de
www.l-iz.de

Geschäftsführung: Robert Dobschütz
Amtsgericht Leipzig – HRB 31801

Redaktion

Alexander Böhm,
Lucas Böhme, Jan Kaefer,
Jens-Uwe Jopp,
Birthe Kleemann,
Ralf Julke, René Loch,
Antonia Weber

Satz und Layout

Henri Selbmann

Anzeigenleitung

Robert Dobschütz
Tel. 0341 2288918
r.dobschuetz@l-iz.de

Lektorat

Petra Dobschütz,
Sabine Eicker

**Abonnements
und Leserservice**

service@l-iz.de

WANDEL

Keine Zukunft für die Kleinmesse
am Cottaweg

Seite 20

Zahlen zum neuen Selbstbestim-
mungsgesetz

Seite 21

Rudolph-Kokot geht

Seite 23



**Schau
mal rein.**



➔ www.youtube.com/@Leipziger-Zeitung



Foto: Jan Kaefer

Tobias Peter, Bündnis 90/Die Grünen

KOMMUNALPOLITIK

Der Stadtrat tagte

Themen im Oktober waren Wohnungen, Verkehr, Gewalt und ein jüdischer Feiertag.

Von Ralf Julke, Lucas Böhme und René Loch

Diskussion über neue Wohnungen

Eigentlich war es eines der größten und wichtigsten Themen, die Leipzig gerade belasten, das der Grünen-Antrag „Wohnungsbaufonds einrichten – gemeinwohlorientierte Träger für bezahlbares Wohnen unterstützen“ behandelte, der am 23. Oktober in der Ratsversammlung zwar aufgerufen wurde. Aber der Grünen-Fraktionsvorsitzende Dr. Tobias Peter zog ihn nach seiner kurzen Rede zurück. Denn es ging um eine Menge Geld, die im Leipziger Haushalt nicht vorhanden ist.

Genauer: Um 120 Millionen Euro, die – so stellten sich die Grünen das vor – die Stadt

bereitstellt, damit die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft LWB tatsächlich die im Wohnungsbaupolitischen Konzept angepeilten 2.000 neuen Wohnungen im Jahr bauen könne. Und zwar nicht irgendwelche Wohnungen, sondern vor allem Sozialwohnungen und Wohnungen für Familien, die in Leipzig in wachsendem Ausmaß fehlen. Nur wird es auch die LWB bei den drastisch gestiegenen Baupreisen nicht schaffen, so viele neue Wohnungen im gestützten Segment zu bauen. Aus heutiger Sicht sind die 2.000 Wohnungen mehr als nur ambitioniert.

Aber was tun? Mit einer zusätzlichen Unterstützung durch die Stadt könnte die LWB das Ziel doch noch erreichen,

meinten die Grünen und schlugen deshalb einen Wohnungsbaufonds vor. Der aber – so hatte es die Stadt dann in ihrer Stellungnahme bestätigt – einen dreistelligen Millionenbetrag aus dem sowieso schon knappen Haushalt der Stadt bedeuten würde. Die Grünen blieben zwar bei ihrem Ansinnen, nahmen die Gründung eines Wohnungsbaufonds dann aber als Grundbedingung aus ihrem Antrag.

In ihrem – neu gefassten – Antrags-text heißt es dazu: „Die Neufassung reagiert auf den Verwaltungsstandpunkt zum Antrag. Mit dem nach Antrags-einreichung erfolgten Beschluss des wohnungspolitischen Konzepts ist die Verwaltung beauftragt, insgesamt 120



Foto: Jan Kaefer

Beate Ehms, Die Linke

Mio. EUR bis 2030 für Wohnungsbau­träger gemäß Gemeinwohlzielen bereitzustellen. Die Form, z.B. eines Fonds ist für die Antragstellerin ebenso zweitrangig wie die konkrete Finanzierung z.B. über Gewerbesteuer oder Stadtanleihen. Zentral ist jedoch die Entwicklung geeigneter Instrumente zur gezielten Förderung des gemeinwohlorientierten Wohnungsbaus. Die im Verwaltungsstandpunkt genannten Bemühungen der Stadt, die Landesmittel der sozialen Wohnraumförderung aufzustocken und weitere Fördertatbestände in vorhandene Landesförder­richtlinien aufzunehmen (bspw. die Förderung von Genossenschaftsanteilen in die RL Familienwohnen) können dabei mögliche Ansatzpunkte sein. Weitere Instrumente wie ggf. rückzahlbare eigenkapitalwirksame Zuschüsse oder Darlehen, die ggf. an Zielsetzung wie kostengünstiges, serielles und nachhaltiges Bauen geknüpft werden, sind darüber hinaus zu prüfen.“

Letztlich stellte aber auch Dr. Tobias Peter fest, dass die Stadt wohl schon die einzig

gangbaren Wege aufgezeichnet hat, über die das Wohnungsbauprogramm der LWB tatsächlich unterstützt werden könnte. Geld aus dem Stadthaushalt gehört nicht dazu.

Oder mit den Worten des Amtes für Wohnungsbau und Stadterneuerung: „Die Bemühungen der Stadt gehen aktuell dahin, die Landesmittel der sozialen Wohnraumförderung aufzustocken und weitere Fördertatbestände in vorhandene Landesförder­richtlinien aufzunehmen (bspw. die Förderung von Genossenschaftsanteilen in die RL Familienwohnen).

Die gewünschte Unterstützung von sog. gemeinwohlorientierten Akteuren soll dahingehend erfolgen, dass die Vergabe der vorhandenen Fördermittel prioritär an bestimmte Kriterien geknüpft wird. Hier wird vor allem auf Projekte von Bestandshaltern gesetzt. Die neue Wohnungsgemeinnützigkeit könnte je nach künftiger Ausgestaltung ggf. als Kriterium herangezogen werden.“

Die von den Grünen bezifferten 120 Millionen Euro tauchen in der Stellungnahme der Stadt trotzdem auf – aber eben nicht als Geldmittel aus dem Haushalt: „Schließlich sei an dieser Stelle auf die bereits erfolgte Beschlussfassung des fortgeschriebenen Wohnungspolitischen Konzepts inklusive des Änderungsantrags VII-DS-09202-NF-01-ÄA-05 (Zur Sicherung der Zielsetzungen des Wohnungspolitischen Konzepts werden der LWB sowie weiteren Wohnungsbau­trägern, die sich zu Gemeinwohlzielen gemäß Wohn­gemeinnützigkeitsgesetz verpflichten, zusätzlich insgesamt bis zu 120 Mio. EUR in Form von Grundstückeinlagen sowie finanziellen Mitteln bis 2030 zur Verfügung gestellt) verwiesen.

Mit diesem Beschluss soll die Stadt bereits für die mit dem vorliegenden Antrag bezweckten Ziele entsprechende Mittel bereitstellen. Eine Umsetzungsstrategie ist hierzu durch die Stadtverwaltung bis 2025 vorzulegen. Die zusätzliche Befassung mit dem vorgeschlagenen Wohnungsbaufonds

wird vor diesem Hintergrund sowie aus den o.g. Gründen als nicht zielführend eingeschätzt.“

Und so sah es auch Dr. Tobias Peter ein: Mehr ist aus städtische Sicht derzeit schlichtweg nicht drin. Er zog den Grünen-Antrag daraufhin zurück, sodass dieser nicht mehr abgestimmt werden musste. Jetzt kann man trotzdem gespannt sein, ob die von der Stadt aufgezählten Möglichkeiten tatsächlich helfen, die dringend benötigten 2.000 neuen Wohnungen im Jahr gebaut zu bekommen und die Wohnungsknappheit gerade für Familien in Leipzig wenigstens ein bisschen abzumildern.

Schutz vor häuslicher Gewalt

Die Arbeitsgemeinschaft Frauenprojekte Leipzig hat die Stadt Leipzig per Petition dazu aufgefordert, mehr für den Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt zu unternehmen. Sie präsentierte dafür sechs konkrete Punkte. In der Ratsversammlung am Mittwoch, dem 23. Oktober, stimmte der Stadtrat aber nur für eine allgemein gehaltene Formel – immerhin einstimmig. „Leipzig entwickelt das Hilfesystem des Gewaltschutzes im Zusammenwirken mit dem Freistaat Sachsen bedarfsgerecht weiter“, heißt es im Beschlussvorschlag, den der Petitionsausschuss vorgelegt hat.

Unter der Überschrift „Istanbul-Konvention endlich umsetzen!“ hatten die Petentinnen unter anderem gefordert, Frauenhäuser und Beratungsstellen angemessen auszustatten, eine Gesamtstrategie gegen häusliche Gewalt zu entwickeln und einen kostenfreien Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe zu gewährleisten.

Bei vier der sechs Forderungen liegt die Zuständigkeit aus Sicht der Verwaltung nicht bei der Stadt Leipzig, sondern beim Bund. Generell verfüge Leipzig über ein „differenziertes und gut aufgestelltes Hilfesystem für Gewaltbetroffene“, heißt es in einer Stellungnahme. Die Zahlen, die die Stadträtinnen Beate Ehms (Linke) und Pia Heine (SPD) in der Ratsversammlung präsentiert haben, sprechen allerdings eine andere Sprache. Demnach mussten im vergangenen Jahr in den Leipziger

Frauenhäusern mehrere hundert Personen abgewiesen werden, weil die Kapazitäten erschöpft waren. Mehr als 1.000 Personen, die Beratungen wünschten, konnten diese nicht erhalten. Dass in vielen Fällen der Bund gefragt ist, sei richtig, sagte Ehms. Das von vielen bundesweiten Verbänden geforderte Gewalthilfegesetz müsse endlich kommen.

Bei der „Istanbul-Konvention“ handelt es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, der im August 2014 in Kraft getreten ist. In Deutschland gilt er seit Februar 2018. Die Bundesrepublik ist demnach verpflichtet, erforderliche Maßnahmen zu ergreifen, um Menschen vor häuslicher Gewalt und sexualisierten Übergriffen zu schützen.

Die Realität sieht aber anders aus: Laut Diakonie werden in Deutschland etwa 21.000 Plätze in Frauenhäusern benötigt – vorhanden ist aber lediglich ein Drittel davon. Ob die Ampel in ihrem verbleibenden Jahr noch ein Gesetz auf den Weg bringen wird, ist ungewiss. Einmal mehr könnte es an der Finanzierung scheitern. SPD-Stadträtin Heine wünscht sich, dass sich Leipzig nicht nur auf den Bund verlässt und das Thema Gewaltschutz in den Beratungen für den kommenden Leipziger Doppelhaushalt eine Rolle spielen wird.

Kein jüdischer Feiertag in Leipzig

Sollte Jom Kippur, der höchste jüdische Feiertag, in Leipzig künftig wie ein gesetzlicher Feiertag für alle gehandhabt werden? Stadtrat Thomas Kumbernuß (Die PARTEI) wollte genau dies im Sinne der Gleichberechtigung erreichen. Die Verwaltung dagegen hielt seinen Antrag für rechtswidrig und nachteilig, die Ratsversammlung lehnte ihn am Mittwoch ab. Zwei neue Punkte dagegen fanden breite Zustimmung.

Ist die „jüdisch-christliche Wertegemeinschaft“ nur ein Trugbild, das jenseits blumiger Sonntagsreden keine praktische Bedeutung hat? Stadtrat Thomas Kumbernuß (Die PARTEI) beantwortet diese Frage für sich mit einem deutlichen „Ja“ und wollte hier Abhilfe schaffen. Während die meisten gesetzlichen Feiertage in Deutschland mit ein paar Ausnahmen

christlichen Ursprungs seien, kämen jüdische Traditionen und damit real gelebte Gleichberechtigung hier gar nicht zum Tragen, monierte der 53-Jährige.

Sein Vorschlag daher, den er per Antrag „Die christlich-jüdische Wertegemeinschaft mit Leben erfüllen“ (Punkte 1–4) zur Abstimmung brachte: Die Stadt Leipzig möge in einem ersten Schritt den höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, bekannt auch als Versöhnungsfest, zunächst in ihren Eigenbetrieben und der Verwaltung wie einen gesetzlichen Feiertag behandeln. Folglich sollten Angestellte in der Regel freihaben, die LVB beispielsweise nur den reduzierten Fahrplan wie an Sonn- und Feiertagen anbieten.

In den nächsten Schritten könne dann geprüft werden, ob Jom Kippur für ganz Leipzig zum gesetzlichen Feiertag erklärt werden kann. Perspektivisch solle dies auch für weitere Feste im Judentum ins Auge gefasst werden, zudem möge OBM Burkhard Jung (SPD) sich auf Landes- und Bundesebene für Jom Kippur als gesetzlichen Feiertag einsetzen.

Dass er mit seinem Antrag fast allein auf weiter Flur kämpfte und sich dessen bewusst war, verhehlte Kumbernuß im Laufe der Diskussion dann auch nicht. Die Verwaltung hatte sich in ihrem Standpunkt jedenfalls klar positioniert, dass eine Beschlussfassung im Sinne von Kumbernuß nachteilig und rechtswidrig wäre. Sie verwies darauf, dass die Festlegung gesetzlicher Feiertage mit Ausnahme des Tages der Deutschen Einheit am 3. Oktober in der Regel den Ländern obliege, die insgesamt neun Feiertage bundesweit festlegen.

Daneben biete das Sächsische Sonn- und Feiertagsgesetz (SächsSF) weiteren Schutz auch für Schüler, Arbeitnehmer und Auszubildende, um am Hauptgottesdienst ihrer Religionsgemeinschaft teilzunehmen. Speziell mit Blick auf das Judentum führte die Verwaltung den Vertrag des Freistaats Sachsen mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden vom 7. Juni 1994 ins Feld. Dadurch stehe den Gläubigen an insgesamt sieben Feiertagen, darunter Jom Kippur, Pessach oder dem Laubhüttenfest, das gleiche Recht wie an christlichen Feiertagen zu.



Thomas Kumbernuß, Die PARTEI

Die Argumentation der Verwaltung konnte Kumbernuß nicht so recht nachvollziehen, auch in den Ausschüssen habe ihm bislang niemand die Rechtswidrigkeit seiner Idee bzw. deren Nachteiligkeit im Vergleich zu christlichen Feiertagen erklären können. „Teilhabe hat auch etwas mit abgeben zu tun“, so der Stadtrat, der dafür warb, einen christlichen Feiertag zugunsten von Jom Kippur zu streichen.

Nicht zuletzt, so war seiner Rede zu entnehmen, stünde eine solche Maßnahme gerade Leipzig gut zu Gesicht, weil das jüdische Leben in der Stadt bis zur „Machtergreifung“ des Nazi-Regimes hier einst eine Blütezeit erlebt hatte. Während der Weimarer Republik umfasste die Israelitische Gemeinde rund 13.000 Menschen, heute sind es etwa 1.100. Am Ende nahm Kumbernuß dann den Änderungsantrag der Linksfraktion in die Neufassung mit auf. Der sieht zumindest vor, mit Blick auf das „Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen“ 2026 durch verschiedene Maßnahmen und Veranstaltungsformate auf jüdische Feiertage aufmerksam zu machen. Dazu sollen

Betriebe der Stadt, Freie Träger, Museen und Institutionen eingeladen werden.

Dies sei realistischer, da Kumbernuß' Idee ohnehin absehbar keine Mehrheit fände, so Mandy Gehrt, Kulturpolitische Sprecherin der Linken. Kumbernuß ergriff den Rettungsring, wenngleich er kritisierte, dass der linke Änderungsantrag zwar gut, aber nicht nachhaltig sei und die Bekanntmachung mit jüdischem Leben vor Ort nicht verstetigen könne. Er wolle auf die fehlende Substanz der „jüdisch-christlichen Wertegemeinschaft“ aufmerksam machen. „Ich möchte die Leute auch oben auf der Tribüne und im Livestream bitten, darüber einmal nachzudenken.“

In der nach Punkten getrennten Abstimmung ging Kumbernuß mit seinem Originalantrag dann beinahe leer aus, 2 Ja-Stimmen standen 44 Neins gegenüber, 15 enthielten sich. Anders das Bild bei den Ergänzungen der Linken, die mit 45:11 (bei 5 Enthaltungen) eine komfortable Mehrheit bekamen. Die Ablehnung ging fast komplett auf das Konto der AfD-Fraktion.

Stellplätze im Stadionumfeld

Man kann auch in der Ratsversammlung eine Menge Zeit vertun, indem man Dinge, die längst beschlossen sind, noch einmal beschließen lässt. So geschah es der CDU-Fraktion am 23. Oktober mit dem Antrag „Rahmenplan Stadionumfeld mit qualifizierter Parkraumorganisation“. Dass das Thema wichtig ist, war ja nicht die Frage: Jede größere Arena-Veranstaltung, jedes Festwiesenkonzert, jedes RB-Spiel zeigt, dass es rund ums Stadion immer wieder zu Problemen mit parkenden Pkw kommt. Also was tun?

Warten, bis dann vielleicht mal bei der Aufstellung der künftigen Bebauungspläne die Zahl der benötigten Stellplätze ermittelt wird, ist natürlich Unfug. Das ginge schief. Weshalb an diesem Donnerstag CDU-Stadtrat Jens Lehmann eindringlich dafür warb, dass die Zahl der künftig benötigten Stellplätze schon bei der Aufstellung des Rahmenplans für das Stadionumfeld ermittelt wird. Denn nach



Foto: Jan Kaefer

Jens Lehmann, CDU

dem Rahmenplan wird ja dann gebaut und müssen auch Stellflächen und Parkhäuser geplant werden.

Im Wortlaut des CDU-Antrags: „Mit dem Rahmenplan Stadionumfeld legt die Stadt Leipzig eine umfangreiche Konzeption für das Gebiet zwischen Cottaweg, Stadion und Arena vor, das den öffentlichen Raum und Entwicklung der angrenzenden Stadtteile neu ordnen und aufwerten soll. Die im bisherigen Entwurf eher zufällig platzierten Parkpaletten erscheinen als planerische Platzhalter. In der weiteren Qualifizierung der stadtraumräumlichen Neuordnung des Stadionumfeldes mit zweiter Ballsporthalle, Sportmuseum u.a. sollten sich Bauten zur Parknutzung architektonisch und gestalterisch dem Standort angemessen einfügen.“

Nur war es eben nicht so, dass das in der Ratsversammlung noch nicht Thema war. Daran erinnerte FDP-Stadtrat Sven Morlok, denn genau das hatte die damalige Freibeuter-Fraktion so schon bei der Vorstellung des ersten Entwurfs zum

Rahmenplan gefordert. Und das Stadtplanungsamt bestätigte ja in seiner Stellungnahme zum CDU-Antrag, dass es daran tatsächlich auch arbeitet: „Bis zum Ende des 4. Quartals 2024 wird dem Stadtrat ein aktualisierter Stand der Rahmenplanung vorgelegt. Darin werden auch die auf der Rahmenplanebene zu tätigen Kernaussagen (Standorte/Kapazitäten) zum ruhenden Verkehr enthalten sein.“

Konkrete hochbauliche Planungen für ergänzende Sport- und Veranstaltungsbauten einschließlich der zugehörigen erforderlichen Anlagen für den ruhenden Verkehr werden aber erst im Zuge der Umsetzung entsprechender Planungs- und Baubeschlüsse des Stadtrates und nicht auf Rahmenplanebene entwickelt werden.“ Sodass auch Oberbürgermeister Burkhard Jung ins Mikro murmeln konnte „Es gibt keine Neuigkeit.“

Wobei die Grünen-Fraktionsvorsitzende Kristina Weyh noch um eine wichtige Ergänzung bat. Denn das wird in der Diskussion um Autostellplätze fast immer

vergessen: Dass es auch eine Prognose für die benötigten Fahrradstellplätze gibt. Denn viele Stadionbesucher kommen auch mit dem Rad. Ein augenzwinkernder Hinweis für den ehemaligen Radweltmeister Jens Lehmann. Und gleichzeitig betonte Weyh noch einmal, dass der Stadionvorplatz, der jetzt noch als Parkplatz genutzt wird, künftig stellplatzfrei werden soll. Was die Ansprüche zur Schaffung anderer Stellplätze auf dem durchaus engen Gelände des Sportforums noch anspruchsvoller macht.

Nicht thematisiert wurde bei diesem Beschlusspunkt die Tatsache, dass das Festgelände am Cottaweg tatsächlich künftig bei RB-Spielen als Parkplatz genutzt wird. Für die Kleinmesse ein echtes Drama, denn ein Ausweichgelände gibt es bislang noch nicht.

Was freilich einmal mehr deutlich macht, dass das Anliegen des CDU-Antrags durchaus berechtigt ist – nur halt nicht neu. Es wurde dann von der Ratsmehrheit mit 54:0 Stimmen auch angenommen. Nur elf Stadträt/-innen enthielten



Foto: Jan Kaefer

Andreas Nowak, CDU

sich der Stimme. Da aber die Stadt, wie Burkhard Jung betonte, sowieso schon in den letzten Zügen bei der Fertigstellung des Rahmenplans ist, sollte mit dessen Vorstellung noch Ende 2024 auch eine nachvollziehbare Abschätzung für alle benötigten Stellplätze vorliegen – für Pkw genauso wie für Fahrräder oder Scooter.

ICE sollen am Flughafen halten

Künftig sollen alle ICE-Züge, die am Flughafen Leipzig/Halle durchfahren, auch dort anhalten. Das hat die Ratsversammlung am Mittwoch, dem 23. Oktober, beschlossen. Damit es dazu kommt, soll sich Oberbürgermeister Burkhard Jung bei der Deutschen Bahn, aber auch bei Landes- und Bundesregierung für das Vorhaben einsetzen. Dieses geht auf einen Antrag der CDU-Fraktion zurück. Abgesehen von einem IC und der S-Bahn gibt es aktuell keine ICE-Halte am Flughafen. „Das ist ein Entwicklungshindernis“, erklärte CDU-Stadtrat Andreas Nowak in

der Ratsversammlung. Würden dort ICE halten, ließe sich der Flughafen seiner Meinung nach besser vermarkten. Nachteil wäre eine Fahrzeitverlängerung von einigen Minuten.

Sven Morlok (FDP) aus der Freien Fraktion bezeichnete den Antrag als „Schaufensterantrag“. Wegen der fehlenden Nordkurve werde sich sowieso nichts ändern. Das eigentliche Problem sei, dass der Flughafen für Menschen in vielen nahe gelegenen Großstädten nicht attraktiver sei als beispielsweise die Flughäfen in Berlin oder Frankfurt am Main. Zur fehlenden Nordkurve äußerte sich auch OBM Jung. Vor 20 Jahren sei die Entwicklung der Stadt hinsichtlich Einwohner*innen und Tourismus nicht absehbar gewesen. Damals habe es die Angst gegeben, den Hauptbahnhof abzuhängen, falls man sich für eine Nordkurve entscheidet.

Kristina Weyh aus der Grünen-Fraktion sprach sich gegen den CDU-Antrag aus. Sie befürchte, dass die Verbindung zum Bahnhof wegen der längeren Dauer

unattraktiv werde. Diese habe aber Priorität für den Großteil ihrer Fraktion.

Abgelehnt wurde ein Änderungsantrag der Freien Fraktion, wonach sich Landtagsabgeordnete aus Leipzig parteiübergreifend zu einem gemeinsamen Antrag im Landtag durchringen sollten. Vertreter mehrerer Fraktionen im Stadtrat bewerteten das als unrealistisch, weil Regierung und Opposition im Landtag erfahrungsgemäß nicht zusammen abstimmen würden. Der eigentliche Antrag erhielt jedoch die nötige Mehrheit. Die CDU hatte zuvor auch einen Änderungsantrag der Linken übernommen. Diese setzte darin eine Bedingung für ICE-Halte am Flughafen: Die Zahl der Halte am Hauptbahnhof dürfe im Gegenzug nicht reduziert werden. ■

Info

➔ Die LZ-Partnerzeitung L-IZ.de wird wie gewohnt live aus der nächsten Stadtratsitzung berichten, die Ergebnisse der einzelnen Beratungen finden Sie immer ab dem Nachmittag des Sitzungstages im Netz unter www.l-iz.de



Foto: Birthe Kleemann

GESCHICHTE

„Wenn die Stasi nicht mehr da ist“: Wie Bürger*innen den Machtapparat der DDR auflösten

Veranstaltung im Stadtgeschichtlichen Museum.

Von Birthe Kleemann

Das Plakat-Motiv zur Ausstellung

„Nichts vergessen“ – diese zwei Worte prangen auf einem Banner über den Köpfen von Demonstrant*innen, die an einem Montagabend im Herbst 1989 in friedlicher Einigkeit über den Leipziger Innenstadtring laufen. Es ist ein eindrucksvolles Foto, das die Bürger*innen zeigt, die sich nach 40 Jahren DDR das Ende des „Bauern- und Arbeiterstaates“ wünschten. Ihre Geschlossenheit und die tausender weiterer Menschen, welche es ihnen in anderen Städten der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gleichtaten, mündete schließlich im Fall der Berliner Mauer, im Fall der DDR, im Fall des Stasi-Apparats.

35 Jahre später ist die Aufarbeitung der Ereignisse von 1989 zwar vorangeschritten, doch längst nicht beendet. Sollten diese Geschehnisse überhaupt jemals in der Schublade verschwinden? Unter dem Titel „...nichts vergessen! Vom Beginn der Aufarbeitung von DDR-Geschichte in Leipzig“ lud das Stadtgeschichtliche Museum am 29. Oktober Zeitzeug*innen ein, welche hautnah miterlebten, wie ein

politisches System aus den Fugen gehoben wurde. Angeleitet durch die Moderation des Historikers Prof. Dr. Bernd Lindner teilten sich die Bürgerrechtlerin Gesine Oltmanns, die im Vorstand der Stiftung Friedliche Revolution aktiv ist, Regina Schild, welche im Bürgerkomitee an der Sicherung und Archivierung der Stasi-Unterlagen beteiligt war, und Tobias Hollitzer, heutiger Leiter des Stasi-Museum „Runde Ecke“, das Podium. Im Hintergrund: Das Foto der Demonstrant*innen von 1989.

„Ich bin jetzt bei der Stasi, ich bleibe erst einmal hier“

Tobias Hollitzer berichtete davon, wie er am 4. Dezember 1989, begleitet von zwei Mitgliedern der Staatssicherheit, Einlass fand in die „Hochburg“ der Stasi in Leipzig – die Runde Ecke am Dittrichring. Im Zuge der Montagsdemonstration hatten etwa 30 Personen den „Stasi-Bunker“ besetzt, um zu verhindern, dass Mitarbeitende abertausende Akten vernichteten, welche sie über Jahrzehnte fein

säuberlich angelegt hatten. Akten, die in das Privatleben von Menschen eindringen. Akten, die jedes Detail im Alltag von Personen dokumentieren, die verdächtigt wurden, gegen die DDR und ihren Staatsapparat zu agieren.

„Das Gebäude war dicht, schwarz von außen. Aber als die Türen aufgingen, haben wir gesehen, dass alle Mitarbeitende vor Ort waren“, beschreibt Hollitzer seine Eindrücke von damals. Nachdem er in die Runde Ecke eingedrungen war, kam er tagelang nicht hinaus. „Ich bin jetzt bei der Stasi, ich bleibe erst einmal hier“, sagte Hollitzer seinem Arbeitgeber am Telefon. Gemeinsam mit zahlreichen anderen Freiwilligen hat er Stasi-Unterlagen geordnet und dafür gesorgt, dass die Papiere für die Nachwelt erhalten bleiben würden.

Eine dieser Freiwilligen war seine Sitznachbarin Regina Schild. Sie wurde damals „reingeworfen in die Aktionen“, verspürte den Wunsch, ein aktiver Teil der Ereignisse zu sein. Sie wurde Mitglied

des Bürgerkomitee Leipzig e.V., welches sich in diesen Tagen unmittelbar aus der Friedlichen Revolution heraus gründete. Die Brotarbeit wurde schnell zur Nebensache für die Engagierten, die Sicherung der Stasi-Akten nahm nun alle verfügbare Zeit ein. „Es waren sehr viele Menschen, vor allem Frauen, die praktisch von einem Tag zum anderen innerlich ihre Arbeitsverhältnisse beendet und sich einer vollkommen neuen Aufgabe gewidmet haben“, erinnert sich Gesine Oltmanns.

Die Chance, einen anderen Weg einzuschlagen

Viele Menschen, die sich im Zuge ihrer Arbeit schnell die Frage stellten: Wie kann die Aufarbeitung dessen, was hinter den Türen des „Stasi-Bunkers“ vor sich ging, versöhnlich gestaltet werden? Für Regina Schild war klar: „Wenn die Stasi nicht mehr da ist, haben wir die Chance, einen anderen Weg einzuschlagen.“ Ihr und den Mitgliedern des Bürgerkomitees war es wichtig, dass die Akten zugänglich gemacht würden – das Interesse daran war riesig. Eine Ausstellung mit dem Titel „Stasi – Macht und Banalität“, welche Aktive des Komitees sechs Monate nach der Besetzung der „Runden Ecke“ auf die Beine stellten, zog insgesamt 130.000 Besucher*innen an. Man wollte die Öffentlichkeit teilhaben lassen – und schreckte nicht davor zurück, tagelang in den Zellen der Untersuchungshaft zu campieren, um sicherzustellen, dass niemand Unbefugtes Hand an die kostbaren Dokumente legen würde. „Es gab verschiedene Phasen, in welchen wir auch wirklich um diese Akten gekämpft haben.“ So konnte das Komitee auch erwirken, dass die Papiere eben nicht, wie von manchen Personen durchaus erwünscht, im Bundesarchiv landeten, wo sie erst 30 Jahre später wieder hätten hervorgeholt werden dürfen. Die Akteneinsicht und die Aufarbeitung von 40 Jahren Stasi-Geschichte wären damit erst seit wenigen Jahren möglich.

Dass in Leipzig bald ein großangelegtes Freiheits- und Einheitsdenkmal an die Friedliche Revolution erinnert, wertet Gesine Oltmanns als einen positiven Schritt zur weiteren Aufarbeitung. „Dieses Denkmal würde nichts leisten können, wenn es nicht die Basis-Auseinandersetzung



Das Zusammentreffen mit Zeitzeugen im Stadtgeschichtlichen Museum



Das Podium der Veranstaltung am 29. Oktober

mit der Friedlichen Revolution gegeben hätte“, pflichtet Hollitzer ihr bei. Gleichzeitig stellen alle drei Podiumsgäste klar: Die Konzentration auf die Stasi allein ist nicht genug. „Den Anfang, die Aufarbeitung von Ohnmacht und Unrecht, fand ich vollkommen richtig und wichtig“, so Oltmanns. Dass die SED als Machtapparat dabei weitgehend als Fokuspunkt der Aufarbeitung außen vorgelassen wurden, sieht sie kritisch. Seine persönliche Abneigung gegen den Nachfolger der SED, in den 1990ern die PDS, heute

Die Linke, kann auch Hollitzer nicht verbergen.

An diesem Abend aber sprengt das Thema den Rahmen. Denn, wie sich durch anschließende Zuschauer*innenfragen bestätigt, gibt es noch viele weitere Aspekte aus 40 Jahren DDR-Geschichte, welche unter dem Aspekt der Aufarbeitung weiter unter die Lupe genommen werden müssen. Vielleicht sind das ja dann Themen für einen nächsten Zeitzeug*innenabend ... ■

Foto: Ralf Julke

POLITIK

Grünfläche an der „Südbrause“

Die Stadt denkt derzeit nicht an einen Rückkauf.

Von Ralf Julke



Blick zur Südbrause am Connewitzer Kreuz.

Viel zu erkennen ist von der einstigen Gestaltung des Platzes an der „Südbrause“ in Connewitz nicht mehr. Die Randbegrünung ist zugewachsen. Im Sommer finden hier vor allem jüngere Connewitzer ein schattiges Plätzchen unter Bäumen. Aber wer ist eigentlich zuständig für die Pflege dieses Platzes, wollte die Stadträtin der Linken Juliane Nagel jetzt von der Stadt wissen. Ist das überhaupt noch öffentliches Grün?

„Nach Kenntnis der Fragestellerin wurde das komplette Areal am Connewitzer Kreuz (Flurstücke 452/5, 452/4 und 452/6) zur Jahrtausendwende aus städtischem Eigentum in private Hand übergeben“, hatte Juliane Nagel in ihrer Anfrage angemerkt. „Aufgrund einer sich anspannenden Situation auf der öffentlich zugänglichen Fläche stellt sich derzeit die Frage, ob eine Rückübertragung in städtische Hand denkbar ist.“

Und es stimmt, bestätigt das Liegenschaftsamt: „Die Flurstücke 452/4, 452/5 und 452/6 der Gemarkung Connewitz wurden im Jahr 1998 mit einer Investitionsverpflichtung verkauft. Der Käufer verpflichtete sich, im vorhandenen Gebäude ein Café zu eröffnen. Zusätzlich verpflichtete sich der Käufer, die Grünflächen auf seine Kosten zu pflegen, instand zu halten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Investitionsverpflichtung wurde erfüllt.“

Stimmt: Seitdem ist die „Südbrause“ zu einem beliebten Treffpunkt am Connewitzer Kreuz geworden.

Wiederkaufsrecht nach 30 Jahren

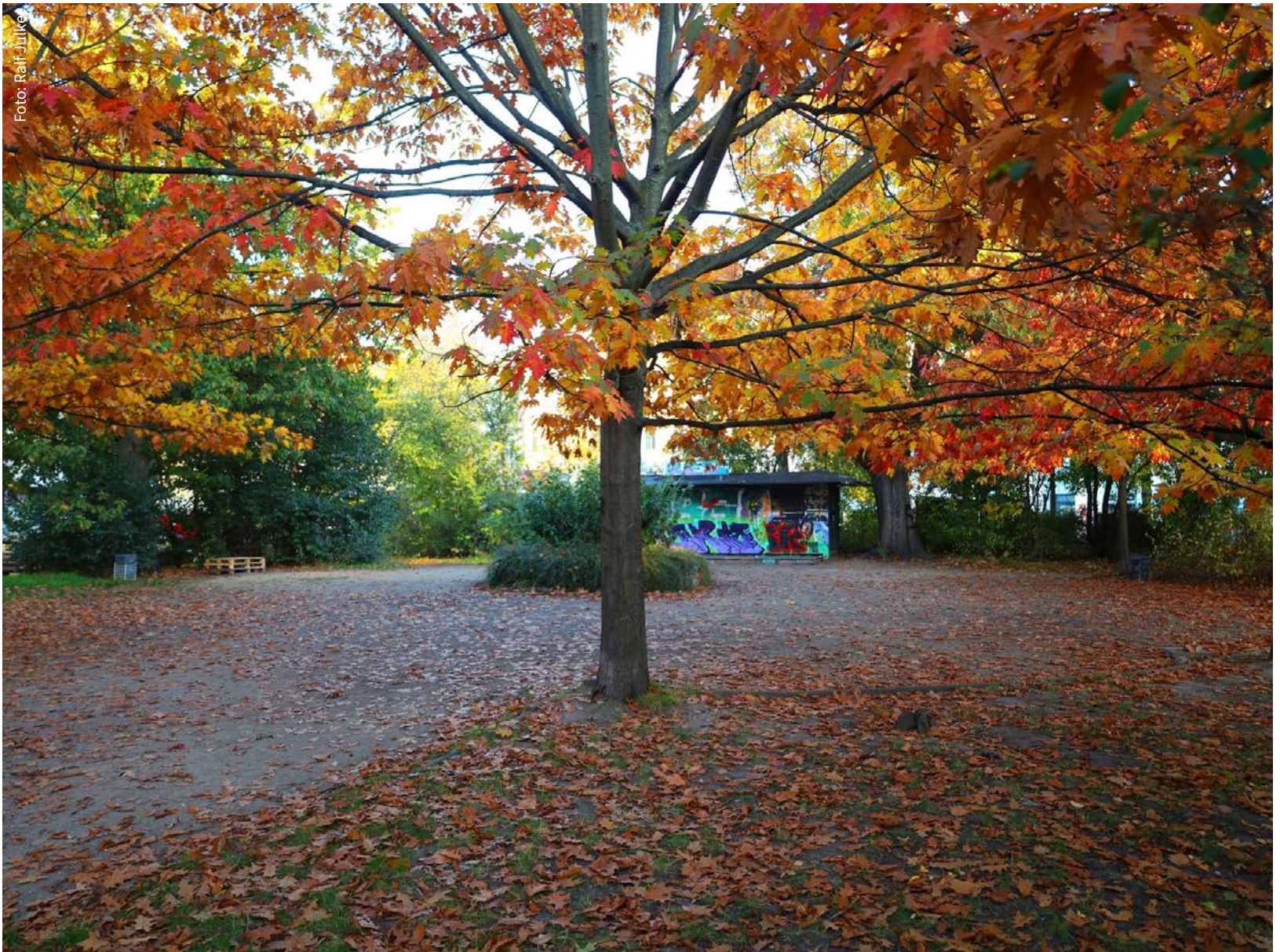
Aber die Grünfläche irgendwie mit Gastronomie zu bespielen, hat irgendwie nicht so recht geklappt. Kann also die Stadt die Grünfläche wieder in eigene Obhut nehmen?

„Zugunsten der Stadt Leipzig wurde in den Grundbüchern eine Rückauflassungsvormerkung eingetragen. Inhalt der Rückauflassungsvormerkung ist ein 30-jähriges Wiederkaufsrecht der Grünflächen zugunsten der Stadt Leipzig“, teilt das Liegenschaftsamt mit.

„Das Wiederkaufsrecht kann aber nur ausgeübt werden, wenn der Käufer das Grundstück teilweise oder vollständig verkauft, die Zwangsversteigerung eingeleitet oder gegen die Anforderungen zur Pflege der beiden Grünflächen verstoßen wird.“

Darüber hinaus stünden alle drei Flurstücke unter Denkmalschutz. „Derzeit sind dem Liegenschaftsamt keine Verkaufsabsichten des Eigentümers bekannt; auch hat der Eigentümer bislang keinen Kontakt diesbezüglich aufgenommen.“

Was Juliane Nagel natürlich zu der Frage



Blick ins schattige Innere.

brachte: „Gab es in den vergangenen Jahren Verstöße gegen diese Auflagen?“

Und da wird es spannend, wenn das Liegenschaftsamt daraufhin mitteilt: „Der Pächter steht wegen der denkmalgerechten Unterhaltung der Grünflächen mit der Abteilung Denkmalpflege vom Amt für Bauordnung und Denkmalpflege regelmäßig in Kontakt. Genehmigungspflichtige Vorgänge wurden regelmäßig beantragt und beschieden. Ansätze zur Nutzung und Unterhaltung der Grünflächen wurden mehrfach abgestimmt. Der Pächter ist bemüht, den denkmalfachlichen Anforderungen gerecht zu werden. Er hat jedoch geäußert, dass seine materiellen und personellen Ressourcen dafür dauerhaft aber nicht ausreichen.“

Aber – so das Liegenschaftsamt: „Es wird darauf hingewiesen, dass für grundstücksrechtliche Themen nicht der Pächter, sondern der Eigentümer zuständig ist.“

Blick ins schattige Innere. Foto: Ralf Julke
Blick ins schattige Innere. Foto: Ralf Julke

Für Rückkauf braucht es finanzielle Mittel

Wenn der Pächter der „Südbrause“ die Pflege nicht mehr absichern kann, bedeutet das eben noch nicht, dass der Eigentümer die Fläche an die Stadt zurückgibt.

Oder gar die Stadt die Fläche zurückkauft, denn dafür stehen eine Menge Hürden im Weg, wie das Liegenschaftsamt aufzählt: „Gemäß § 89 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) hat die Verwaltung vor Grunderwerbsgeschäften regulär eine Bedarfsprüfung im Stadtkonzern durchzuführen. Für die antragsgegenständliche Liegenschaft wurde bisher noch keine Bedarfsprüfung durchgeführt.“

Für den Rückkauf stünde eh kein Geld bereit: „Grundsätzlich ist zu beachten,

dass aktuell keine Deckungsquelle für den Ankauf und die Bewirtschaftung des Grundstückes vorliegt. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass nach § 87 SächsGemO während der derzeit geltenden vorläufigen Haushaltsführung nur Aufwendungen oder Auszahlungen geleistet werden dürfen, mit einer rechtlichen Verpflichtung aus Gesetz oder Vertrag, die unaufschiebbar sind oder für Fortsetzungsmaßnahmen.“

Von einer beweglichen Stadtverwaltung kann also längst keine Rede mehr sein. Und warum die Stadt seinerzeit die Grünfläche gar verkauft und nicht verpachtet hat, erklärt das Liegenschaftsamt erst recht nicht. Dafür fügt es noch einen Passus an, mit dem es eigentlich davor warnt, jetzt überhaupt an eine Rückübertragung des Grundstücks zu denken: „Anträge während der vorläufigen Haushaltsführung sind insbesondere zu den vorgenannten Anstrichen genauer zu begründen.“ ■



Foto: Sabine Eicker

POLITIK

Leipziger Einwohnerzahl: 630.000

oder doch viel weniger?

Von Ralf Julke

Blick über Leipzig.

Wenn es um moderne Datenverwaltung geht, ist Deutschland ein Dritte-Welt-Land. Was mit Entscheidungen aus den 1980er Jahren zu tun hat, die deutschen Behörden unterzogen, ihre Datenbestände abzugleichen. Was wiederum unter anderem zum Ergebnis hat, dass keine Zahl so ungewiss ist wie die aktuelle Einwohnerzahl. Wie viele Einwohner/-innen Leipzig aktuell hat, weiß kein Mensch. Vielleicht irgendwas zwischen 607.000 und 630.000. Oder auch nicht.

Das hat mit dem im Jahr 2022 durchgeführten Zensus für die gesamte Bundesrepublik zu tun, bei dem wieder – stichprobenartig – Daten für die gesamte Republik gesammelt und hochgerechnet wurden. Im Ergebnis „verlor“ die Bundesrepublik rund 1,5 Millionen Einwohner und reihenweise mussten deutsche Großstädte ihre Einwohnerzahlen nach unten korrigieren. Oder auch nicht.

Denn Leipzig will gegen den durch den Zensus ermittelten „Verlust“ von rund 20.000 Einwohnern in der amtlichen Statistik in Widerspruch gehen, kündigte Finanzbürgermeister Torsten Bonew am 2. Oktober in der Haushaltssitzung des Stadtrates an. Denn diese 20.000

Einwohner weniger bedeuten eben sofort auch acht Millionen Euro weniger Finanzaufweisungen im Jahr.

Diese Finanzaufweisungen von Bund und Land werden nämlich nicht nach der Einwohnerzahl im Melderegister verteilt, sondern nach der amtlich festgestellten Zahl. Wobei Bonew betonte, dass die Prüfung des Zensus-Bescheides noch ausstehe und die Stadt sich einen Widerspruch vorbehalte.

Im Register stehen jetzt 630.000

Aber im Ergebnis klaffen die Zahlen aus dem Melderegister und die amtlich ermittelte Einwohnerzahl für Leipzig immer weiter auseinander. Was nun auch für die jüngste von der Stadt veröffentlichte Einwohnerzahl für den September 2024 zutrifft. 630.456 registrierte Einwohner/-innen meldet das Amt für Statistik und Wahlen – eine Zahl, die der letzten veröffentlichten Bevölkerungsprognose entspricht. Laut Melderegister wächst die Leipziger Bevölkerung weiter, hat seit September 2023 um 5.346 Personen zugenommen.

Was kein Pappenstiel ist, denn für all diese Menschen braucht es ja Wohnungen, ärztliche Versorgung, Schul- und Kita-Plätze.

Die Stadtverwaltung muss mit solchen Zahlen ihre Bauaktivitäten planen.

Aber wie kann man planen, wenn gleichzeitig die amtlichen Zahlen um 20.000 niedriger liegen und damit die Schlüsselzuweisungen von Bund und Ländern entsprechend niedriger ausfallen? Das Geld fehlt sowieso schon in den Kassen sächsischer Kommunen, die durch die Bank unterfinanziert sind. Auch Leipzig.

Gleichzeitig wächst – wie Torsten Bonew betonte – vor allem die finanzielle Belastung der Stadt im Sozialbereich von Jahr zu Jahr. Dort fehlt das Geld also zuallererst.

Gründe für das Auseinanderklaffen der amtlichen und der Melderegisterzahlen sind vor allem fehlende Abmeldungen: Menschen ziehen um und melden sich in Leipzig nicht ab. Was in der Regel erst auffällt, wenn das Leipziger Ordnungsamt wieder eine größere Registerbereinigung vornimmt. Aber diese Bereinigungen umfassten in den vergangenen Jahren nie die Größenordnung, die der Zensus ermittelte.

Was zumindest die Frage aufwirft, warum die Diskrepanz ausgerechnet beim Zensus 2022 derart groß war. ■

POLITIK

Grünen-Vorstoß beim Schwarz- fahren

– soll auch in Leipzig nur noch eine Ordnungswidrigkeit sein.

Von Ralf Julke

Es ist wie das Schießen mit Kanonen auf Spatzen, wenn Menschen, die ohne gültigen Fahrschein in Straßenbahnen und Bussen angetroffen werden, dafür am Ende wie Straftäter im Gefängnis landen. Schon länger wird in Deutschland darüber debattiert, aus diesem Vergehen endgültig nur eine Ordnungswidrigkeit zu machen. Mit einem entsprechenden Antrag möchten das die Leipziger Grünen das jetzt für die LVB erreichen.

Aktuell ist es noch so: „Bei Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ohne gültigen Fahrschein wird durch die LVB ein erhöhtes Beförderungsentgelt von 60 € erhoben. Nach aktueller Gesetzgebung liegt bei dem sogenannten ‚Erschleichen von Leistungen‘ darüber hinaus eine Straftat nach § 265a StGB vor, deren Verfolgung auf Grund der Geringwertigkeit nach § 248a StGB jedoch nur auf Antrag erfolgt. Dieser wird in der Regel in Fällen gestellt, wenn eine Person wiederholt ohne gültigen Fahrschein eine Beförderungsleistung in Anspruch nimmt.“

Aber diese Anwendung strafrechtlicher Mittel sieht auch eine Bevölkerungsmehrheit nicht mehr als verhältnismäßig an. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2023 sind 69 Prozent der Deutschen dafür, die Nutzung von Verkehrsmitteln ohne gültigen Fahrschein künftig als Ordnungswidrigkeit zu ahnden.

Zahlreiche Städte verzichten bereits darauf, Schwarzfahrer anzuzeigen – in Bremerhaven beispielsweise seit 2012. Seit 2023 haben zahlreiche Städte nachgezogen: Karlsruhe, Mainz, Wiesbaden, Köln, Düsseldorf, Münster, Bremen, Halle, Dresden und Potsdam.

Es sind in der Regel arme Menschen, die weder ihren Fahrschein noch das



Foto: Ralf Julke
Straßenbahn der LVB am Leipziger Goerdelerring.

verhängte Ordnungsgeld bezahlen können und deshalb eine Ersatzfreiheitsstrafe antreten müssen, was an ihrer Zahlungsunfähigkeit nichts ändert.

„Die Kriminologin Nicole Bögelein von der Uni Köln schätzt, dass deutschlandweit 8.000 bis 9.000 Menschen pro Jahr auf diese Weise in Haft kommen, die meisten von ihnen konnten ihre Strafe nicht bezahlen, ebenso wenig wie ein Fahrticket. Daher sitzen meist arme Menschen ein“, stellt die Grünen-Fraktion in ihrem Antrag fest.

„Laut der Initiative Freiheitsfonds betreffen Ersatzfreiheitsstrafen vor allem arbeitslose Menschen (87 Prozent), Menschen ohne festen Wohnsitz (15 Prozent) und suizidgefährdete Menschen (15 Prozent).“

Warten auf die Gesetzesvorlage

Am 23. November 2023 veröffentlichte das Bundesministerium der Justiz ein Eckpunktepapier zur Modernisierung des Strafgesetzbuchs. Gegenstand dieser geplanten Modernisierung sind unter anderem die Änderung des § 265a StGB (Erschleichen von Leistungen). Die Tatbestandsalternative „Beförderung durch ein Verkehrsmittel“ soll daher durch einen milderen Tatbestand, nämlich eine Ordnungswidrigkeit, ersetzt werden. Aus diesem Eckpunktepapier soll ein Gesetzesentwurf entwickelt werden.

Aber der liegt noch nicht vor. In den vergangenen Jahren gab es schon mehrere Vorstöße, den Erschleichungsparagrafen aus dem Jahr 1935 durch eine sachgerechtere Lösung zu ersetzen.

Die Grünen-Fraktion bezieht sich nun auf eine Formulierung im Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung, wo es heißt: „Wir überprüfen das Strafrecht systematisch auf Handhabbarkeit, Berechtigung und Wertungswidersprüche und legen einen Fokus auf historisch überholte Straftatbestände, die Modernisierung des Strafrechts und die schnelle Entlastung der Justiz. Das Sanktionssystem einschließlich Ersatzfreiheitsstrafen, Maßregelvollzug und Bewährungsauflagen überarbeiten wir mit dem Ziel von Prävention und Resozialisierung.“

Das Fazit der Grünen: „Niemand darf wegen eines fehlenden Tickets in Haft landen. Bis zu einer erwarteten Reform des § 265a StGB soll in der Stadt Leipzig auf die Stellung von Strafanträgen wegen Fahrens ohne Fahrschein verzichtet werden, ohne dabei auf das erhöhte Beförderungsentgelt zu verzichten. Damit ist auch weiterhin eine negative Abschreckungswirkung durch Bestrafung gegeben.“

Und so beantragen sie im Stadtrat, der Oberbürgermeister solle die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) per Gesellschafterweisung beauftragen, es auch in Leipzig wie die oben aufgeführten Städte zu handhaben: „Die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) verzichten bei Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ohne Fahrschein auf die Stellung eines Strafantrages oder einer Strafanzeige nach § 265a StGB. Die Regelung zum erhöhten Beförderungsentgelt beim Fahren ohne gültigen Fahrschein bleibt hiervon unberührt.“ ■

Foto: Ralf Julke

POLITIK

Fischsterben im Auensee

Mehr als Tiefenbelüftung ist gar nicht vorgesehen.

Von Ralf Julke



Blick über den Auensee.

Der Auensee ist ein künstliches Gewässer ohne eigenen Zu- oder Abfluss. Das hat Folgen für den Sauerstoffgehalt im See und die darin lebenden Fische. Im September 2024 machte der See – in dem das Baden aus gutem Grund schon lange verboten ist – mal wieder von sich reden durch ein größeres Fischsterben. Was eigentlich doch nicht mehr passieren sollte, seit die Stadt im Jahr 2012 die Tiefenwasserbelüfter eingesetzt hat. Eigentlich müssten die Tiere also genug Sauerstoff haben.

Doch der heiße Sommer 2024 machte dann wieder deutlich, dass auch solche vorsorgenden Maßnahmen nicht ausreichen, wenn besondere Wetterextreme auftreten. Melanie Lorenz vom BUND Leipzig nahm das Ereignis dann auch

zum Anlass, die Verwaltung zu fragen, ob die 2012 begonnenen Maßnahmen eigentlich genügen.

„Der Auensee war zuletzt erneut negativ in den Schlagzeilen. Ursprünglich entstand das Gewässer für den Kiesabbau für den Bau des Hauptbahnhofes. Es weist allerdings die Problematik auf, dass es an einer Frischwasserzufuhr und Altwasserablauf mangelt. Daher kam es auch in der Vergangenheit zu regelmäßigen Fischsterben (2008, 2010), bedingt durch Sauerstoffarmut und Blaualgenbefall“, stellte sie in ihrer Einwohneranfrage fest.

„Weiterhin sind Altlasten durch die ehemalige Spezial Chemie Schönert und durch Alte Färberei über das Grundwasser eingetragen worden. Seit 2012 sorgen

drei Tiefenwasserbelüfter für Belüftung der unteren Schichten. Ziel war es einen Auensee zu bekommen, der artenreich und naturnah ist. Das aktuelle Sterben ist offenbar durch eine Verwirbelung der Wasserschichten entstanden.“

Also steht tatsächlich die Frage: „Ist das Ziel mit den Tiefwasserbelüftern einen artenreichen und naturnahen See zu erreichen überhaupt realistisch erreichbar bei den derzeitigen Bedingungen oder müssen weitere Maßnahmen hinzutreten, um das Ziel zu erreichen?“

Aus Sicht des Amtes für Stadtgrün und Gewässer, das auf ihre Fragen geantwortet hat, irgendwie schon: „Zur Verbesserung der Sauerstoffversorgung des Wasserkörpers wurden im Jahr 2012

drei Tiefenwasserbelüftungsanlagen im Auensee installiert, die seither dauerhaft in Betrieb sind. Der Betriebsstatus der Anlagen wird täglich über ein Prozessleitsystem überwacht, wodurch mögliche Ausfälle schnell behoben werden können.

Die Anlagen stellen sicher, dass atmosphärischer Sauerstoff in die sauerstofffreie Tiefenwasserzone geleitet und somit das Risiko eines Fischsterbens minimiert wird. Seit Inbetriebnahme der Anlagen ist lediglich das aktuell aufgetretene Fischsterben zu verzeichnen, das auf äußerst ungünstige Wetterbedingungen zurückzuführen ist.“

Trotz der Nährstoffbelastung gebe es naturnahe Bereiche und ein breites Artenspektrum. So böten der Auensee und dessen gewässertypische Ufervegetation einen Lebensraum für eine Vielzahl von Vögeln, Amphibien, Libellen und Mollusken. Fazit für das Amt: „Aufgrund der guten Wirksamkeit der Belüftungsanlagen sollen daher auch keine weiteren Maßnahmen umgesetzt werden.“

Keine weiteren Maßnahmen angedacht

Hunderte Hechte, Karpfen und Aale waren vom Fischsterben im September betroffen, als die Temperaturen in Leipzig wieder täglich über 30 Grad stiegen. Über 1.000 Kilo Fisch hatte der Anglerverband geborgen und darauf hingewiesen, dass auch dieses Fischsterben wohl mit dem Sauerstoffmangel in den Wasserschichten 80 Zentimeter unter der Oberfläche zusammenhängen könnte – und mit einem durch die Hitze forcierten Wachstum der giftigen Blaualgen.

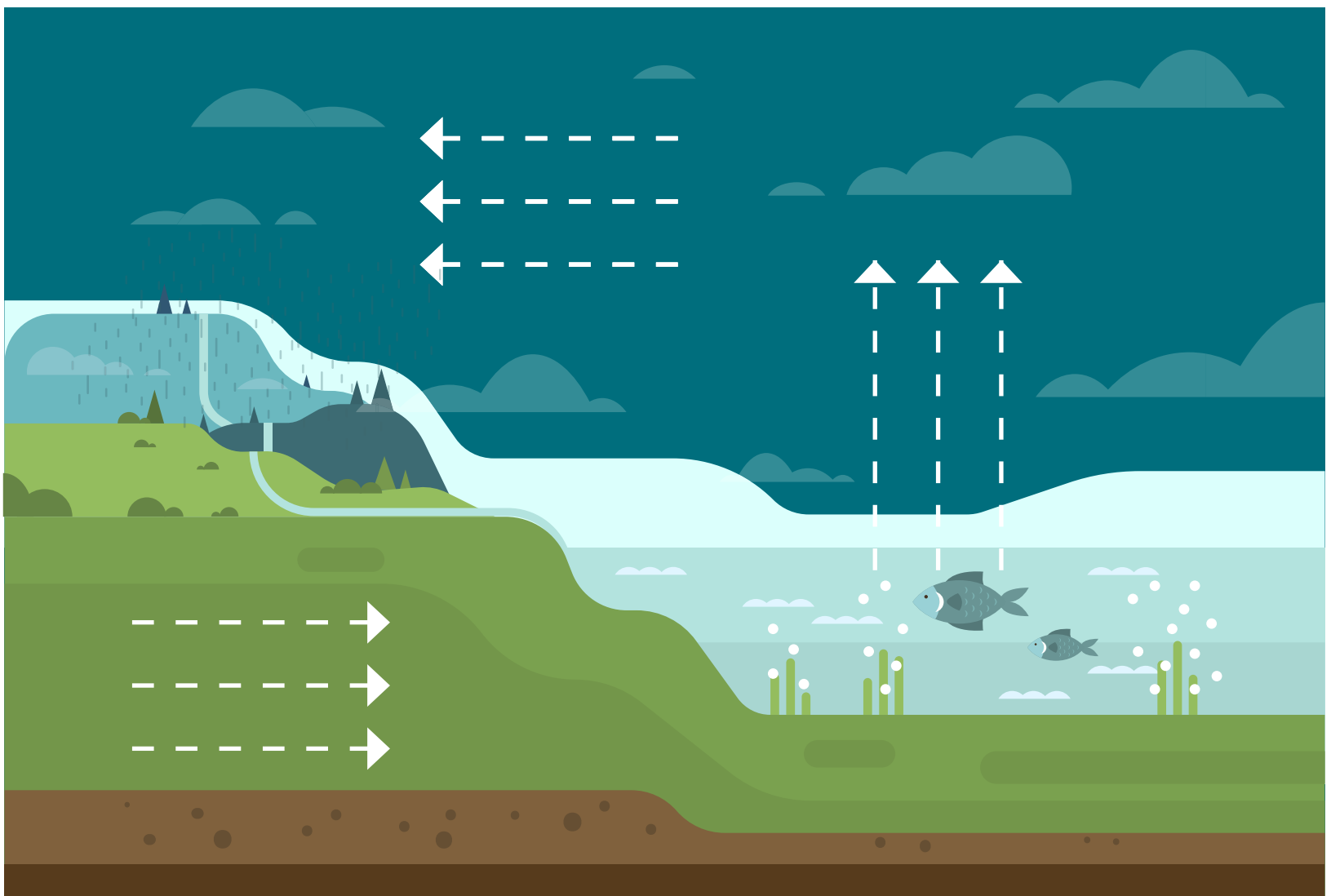
Aber auch aus Sicht der Stadt bedeutet das nicht, dass man nun noch weitere Maßnahmen am Auensee ergreifen muss, auch nicht im Auenentwicklungskonzept, das in der Verwaltung derzeit in Arbeit ist: „Das Auenentwicklungskonzept sieht keine konkreten Maßnahmen für den Auensee vor.“

Das löst natürlich die Probleme des künstlichen Sees nicht. Aus Sicht des BUND Leipzig müsste doch aber das Ziel

sein, „den Auensee im Sinne des Ziels zu einem artenreichen und naturnahen Gewässer zu entwickeln“.

Irgendwie schon, bestätigt das Amt für Stadtgrün und Gewässer: „Die Sicherung und Erhaltung dieses Zustands ist die wesentliche Zielsetzung, die durch punktuelle Verbesserungen von Ufer- und Lebensraumstrukturen ergänzt wird. Diese sind allerdings losgelöst von der Nährstoffbelastung des Gewässers zu betrachten.“

Was ja bedeutet, dass sich an der Wasserqualität nicht wirklich mehr viel ändern lässt, solange der See ohne Anbindung an fließende Gewässer bleibt. Während sich die Lebensräume am Ufer über die Jahre verbessert haben. Was aber auch bedeutet, dass langanhaltende heiße Sommer eben auch immer wieder zu vermehrtem Blaualgenwachstum und Sauerstoffmangel im See führen können, und dann dem daraus folgenden Fischsterben, das dann medial für Schlagzeilen sorgt. ■





Zwei Rauchtöpfe wurden von den Demonstranten entzündet.

POLITIK

Radikale linke Kleinstgruppen

Der offene Israelhass marschiert.

Von Alexander Böhm

Am Sonntagnachmittag demonstrierten knapp 100 Personen einer kommunistischen Vereinigung gegen die Unterstützung von Deutschland für Israel und für die Solidarität mit Palästina bei einem Aufzug durch die Leipziger Innenstadt. Am Beginn des Aufmarschs formierte sich Gegenprotest, der sich gegen die israelfeindlichen Aussagen der Veranstalter richtete.

Für 16 Uhr am Sonntag rief die „Förderierten klassenkämpferischen Organisationen“ (FKO) zu einer Demonstration unter dem Motto „Klassenkampf statt Kriegstreiberei – Vereint im Widerstand mit Palästina“ auf. Startpunkt war der Alexis-Schumann-Platz in der Leipziger Südvorstadt.

Bei der FKO in Leipzig handelt sich um einen öffentlichen Zusammenschluss verschiedener kommunistischer Gruppierungen. Sie überschneiden sich sowohl personell als auch inhaltlich mit einer Vielzahl unterschiedlicher linksradikaler Gruppen, die in Leipzig unter unterschiedlichen Namen öffentlich in Erscheinung treten.

Ein verteilter Flyer spiegelte die Inhalte der aufrufenden Gruppen wider. Darin wurden unter anderem das Ende der israelischen Angriffe auf den Gazastreifen und der Stopp deutschen Waffenlieferungen gefordert, sowie israelische Opferzahlen untertrieben und der Überfall der Hamas am 7. Oktober als Widerstandshandlung bezeichnet.

Der Demonstration stellten sich am Startpunkt knapp 25 Personen entgegen. Mit Israel-Fahnen und Transparenten wendeten sie sich gegen die israelfeindlichen Aussagen der Veranstaltung. Die Polizei trennte die Gruppierungen voneinander. Auseinandersetzungen zwischen ihnen sind nicht bekannt.

Die FKO-Demonstration lief nach dem Start über die Karl-Liebknecht-Straße in die Innenstadt. Beim Marsch wurde zur Intifada – der gewaltsame Aufstand – gegen und zur Auslöschung von Israel aufgerufen. Unter Rufen „Rheinmetall entwaffnen“, „Viva Palästina“ (Es lebe Palästina) und „Zionisten lügen“ bewegten sich knapp 100 Teilnehmer in die Innenstadt. Auf der Strecke wurden

Foto: LZ

Video wird geladen ...

27. Oktober 2024: Israelfeindliche Demonstration läuft durch Leipzig.



Knapp 25 Personen demonstrierten gegen den Aufmarsch.



Forderung von Solidarität wie zu DDR-Zeiten.

zwei Rauchtöpfe in Höhe Hohe Straße gezündet.

Eine Rednerin der Gruppe „Zora“ kritisierte sexualisierte Gewalt im Rahmen von Kriegen und Genoziden. Darin äußerte sie, dass Vergewaltigungen als Kriegswaffe im Kongo, in Rojava, in den palästinensischen Gebieten und israelischen Gefängnissen eingesetzt werden würden. Eine Kritik an durch die Hamas-Kämpfer begangenen Vergewaltigungen 7. Oktober in Israel war nicht zu hören.

Vorwurf des Völkermords

In einer Rede von „Students For Palestine“ wurden der Vorwurf des Völkermordes

verbreitet und dass Israel Kriegsverbrechen begehen würde. Eine Einstufung des internationalen Gerichtshofs des israelischen Militäreinsatzes als Völkermord liegt nicht vor, eingereichte Klagen anderer Staaten wurden zurückgezogen.

Am 7. Oktober 2023 griffen mehreren Tausend bewaffnete Einheiten der Hamas aus dem Gazastreifen Israel an. Dabei verübten sie diverse Kriegsverbrechen wie Folter und Mord an Zivilisten, Vergewaltigungen und entführten 251 Personen. Human Rights Watch beziffert die israelische Opferanzahl in einem Bericht auf 1.195, wovon 815 Zivilisten seien. Knapp Hundert Geiseln befinden sich nach wie vor in der Gewalt der Hamas.

Wie viele davon nach am Leben sind, ist ungewiss. Als Reaktion auf den Angriff reagierte der israelische Staat mit einer massiven Militäroffensive im Gazastreifen, die die Entwaffnung der Hamas und die Befreiung der Geiseln zum Ziel hat. Laut dem von der Hamas kontrollierten palästinensischen Gesundheitsministerium starben bei den bisherigen Kämpfen über 42.000 Palästinenser – eine Unterscheidung zwischen Kämpfern und Zivilisten wird nicht vorgenommen.

Die libanesische Terrororganisation Hisbollah feuert seit letzten Jahr zur Unterstützung der Hamas Raketen auf Israel. Dies führte ebenfalls zu einem umfangreichen Militäreinsatz im Libanon. ■



Die Leipziger Kleinmesse.

POLITIK

Keine Zukunft für die Kleinmesse am Cottaweg

Jetzt suchen Stadt und RBL ein neues Festgelände.

Von Ralf Julke

Eigentlich wollte die SPD-Fraktion im Stadtrat nur wissen, wie es weitergeht mit dem Kleinmessegelände am Cottaweg und wie es weitergeht mit der Rahmenplanung am Sportforum. Aber was das Marktamt jetzt darauf geantwortet hat, dürfte für die meisten Freunde der Kleinmesse eine kalte Dusche sein. Denn RB Leipzig hat einen rechtlichen Anspruch auf die Parkplätze während seiner Spiele. Die Kleinmesse muss also umziehen. Nur: Wohin?

„Vom 27.09. bis 03.11. findet aktuell die Herbst-Kleinmesse 2024 am Cottaweg statt. In der Juni-Ratsversammlung wurde die Stadtverwaltung beauftragt, eine ordnungsgemäße Durchführung von zwei Kleinmessen im Jahr wie bisher üblich, zu bisher üblichen Terminen

auch nach 2024 und ohne Unterbrechung sicherzustellen. Außerdem soll ein Weihnachts-/Winterzirkus im Jahr 2024 und auch danach durchgeführt werden können“, hatte die SPD-Fraktion noch ganz in der Zuversicht formuliert, dass die Stadt eine Lösung für die Kleinmesse am Cottaweg findet.

„Im August stellte die Stadt Leipzig die Grundzüge des überarbeiteten Rahmenplans für das Sportforum vor. 2025 und 2026 könnten dann Detailplanungen folgen und finanzielle Mittel organisiert werden, damit 2027 als erstes größeres Vorhaben der Bau des Parkhauses neben der Arena starten kann.“

Doch für Kleinmesse und Winterzirkus am Cottaweg sieht es schlecht aus, bestätigt nun das Marktamt: „Da

zuletzt zwischen der Stadt Leipzig und RB Leipzig keine einvernehmliche Lösung zur Nutzung des Geländes am Cottaweg während Veranstaltungen in der RB-Arena gefunden werden konnte, wurde die konsequente Umsetzung der Regelungen gemäß der getroffenen Vertraglichkeiten festgelegt. Das bedeutet, ab 2025 ist die Freihaltung des Festgeländes Cottaweg während einer Nutzung (insbesondere Spieltage RB Leipzig und Championsleague) sicherzustellen. Eine Nutzung des Festgeländes ist damit nur während der Spielpausen möglich.“

Also genau das, was die Veranstalter von Kleinmesse und Weihnachtszirkus schon befürchtet hatten. Ihre Veranstaltungen würden damit in Randzeiten abgeschoben, in denen ihnen das Publikum fehlen würde.

Und wohin nun?

Und ohne den Stadtrat extra zu informieren hat die Verwaltung nun am 27. August ein Auftaktgespräch mit RBL zur gemeinsamen Flächensuche für einen Alternativstandort geführt.

Nur war schon in der Diskussion um das Sportforum deutlich geworden, dass es in Leipzig eigentlich keine Ausweichstandorte für die Kleinmesse gibt.

„Aktuell befinden sich leider keine geeigneten Alternativstandorte für eine dauerhafte Umsiedlung der Kleinmesse bzw. keine Standorte für einen zentralen Festplatz, der für verschiedene Freiluftveranstaltungsformate genutzt werden könnte, im Bestand der Stadt Leipzig“, bestätigt das Marktamt.

„Eine Sondernutzungsfläche ‚Festplatz‘ wird nur in Kombination aus Grunderwerb, Planung, Erschließung und Entwicklung

in geeigneter Lage realisierbar sein. RBL wird daher zunächst bei der Suche von Potenzialflächen im Eigentum Dritter unterstützen. Sobald eine in Umfang und Qualität ausreichende Standortliste vorliegt, wird eine erweiterte, dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe initiiert, um die Realisierung voranzubringen.“

Womit sich der Runde Tisch zum Cottaweg letztendlich als Luftnummer erweist. Das zentrale Problem hat er nicht lösen können.

Die SPD-Fraktion hatte extra nach einem Gesprächsformat mit allen Beteiligten gefragt, „um eine gemeinsame Lösung zu finden“.

„Nein, es gibt kein aktuelles, einheitliches Format“, betont das Marktamt. „Den auch vom Stadtrat geforderten ‚Runden Tisch‘ zum Thema Cottaweg/Kleinmesse hat die Verwaltung zweimal initiiert, alle Fraktionen waren beteiligt, es erfolgte ein reger

Austausch. Aufgrund der zunehmend komplexeren Situation rund um das Stadion hat die Aufstellung des Masterplanes zur weiteren Gestaltung des Stadionumfeldes Priorität. Danach können wieder Gespräche geführt werden.“

Gespräche, die natürlich nicht viel Sinn machen, da RBL auf der zugesagten Zahl von Stellplätzen beharren kann, denn die ist seit der Erweiterung des Stadions vertraglich zugesichert. Die Suche nach einem neuen Festplatz hat begonnen. Aber der dürfte im dicht gebauten Leipzig so leicht nicht zu finden sein, schon gar nicht so nah an der Innenstadt.

Da dürfte sich so manche Fraktion im Stadtrat durchaus über den Tisch gezogen vorkommen. Während die Stadt ihre Pläne zum Stadionumfeld vorantreibt. „Der überarbeitete Rahmenplan Stadionumfeld wird dem Stadtrat alsbald, möglichst noch im Dezember 2024, zur Beschlussfassung vorgelegt“, so die Antwort der Verwaltung. ■

GESELLSCHAFT

Zahlen zum neuen Selbstbestimmungsgesetz

Über 600 Leipziger*innen wollen ihren Geschlechtseintrag ändern.

Von Antonia Weber

Ab dem 1. November tritt in Deutschland das neue Selbstbestimmungsgesetz in Kraft und ersetzt das seit 1980 geltende, stark kritisierte Transsexuellengesetz. In Leipzig sorgt diese Entwicklung für große Resonanz – sowohl in der LGBTQ-Community als auch in der Politik.

Das neue Gesetz macht es Menschen einfacher, ihren Geschlechtseintrag selbstbestimmt zu ändern. Bislang war dieser Prozess oft entwürdigend und kostspielig. Die Betroffenen mussten sich psychiatrischen Gutachten unterziehen und Fragen über intime Details ihres Lebens beantworten, wie etwa nach ihrer Unterwäsche oder ihrem Sexualverhalten. Diese Praxis führte häufig zu Protesten von Betroffenen und Menschenrechtsorganisationen, die

darin eine Verletzung der Menschenwürde sahen.

Nicht nur die Entbürokratisierung, sondern auch die erheblich niedrigeren Kosten stoßen jetzt auf breite Zustimmung. Konnte der Prozess früher bis zu 1.650 Euro kosten, liegen die Gebühren für die neue Anmeldung bei gerade einmal etwa 38 Euro.

Sprunghafter Anstieg der Anmeldungen in Leipzig

Dass das neue Gesetz dringend nötig war, zeigt sich auch an den aktuellen Anmeldezahlen. In Leipzig meldeten sich bis Ende August rund 450 Menschen zur Änderung ihres Geschlechtseintrags an – eine beeindruckende Zahl im Vergleich zu früheren Jahren. Bis Mitte September

waren es laut der LVZ bereits 528, und Ende des Monats berichtete der MDR von über 600 Anmeldungen.

Im bundesweiten Vergleich hat Leipzig die mit Abstand höchsten Anmeldezahlen. Während größere Städte wie München und Köln rund 300 Anmeldungen verzeichneten, führt Leipzig mit einer Quote von 73 Anmeldungen pro 100.000 Einwohner*innen die Statistik an.

Aber woran liegt das? Eventuell an finanziellen Gründen, sagte Psychologe Alexander Röbisch-Naß gegenüber dem MDR. Leipzig sei eine recht junge und auch recht studentisch geprägte Stadt. „Auch in meinen sonstigen Behandlungen im medizinischen Kontext sind viele der Personen Anfang bis Mitte 20. Gerade da ist das Thema Geld eine sehr relevante



LGBTQ*-Demo in Leipzig

Sache.“ Die meisten konnten sich den alten Weg schlichtweg nicht leisten.

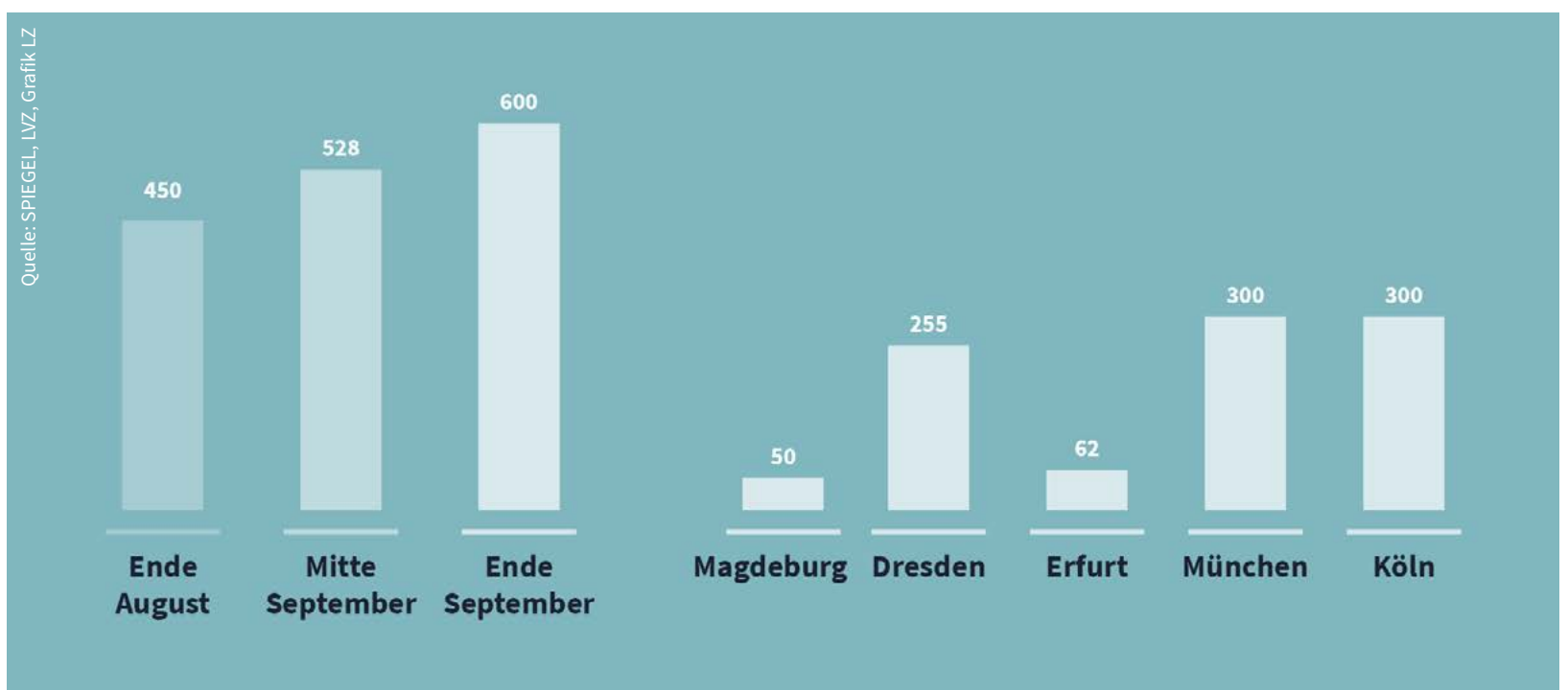
Auch Gabriel_Nox Koenig vom Bundesverband „Trans*“ hat eine Vermutung: „Viele queere Personen, die das Gefühl haben, in der Region, in der sie aufwachsen, ist wenig Raum für queeres Leben,

ziehen nach Leipzig.“ Gleichzeitig gebe es in Leipzig zum Beispiel mit dem Verein „Rosalinde“ auch Anlaufstellen.

Ein längst überfälliger Wandel

Während Leipzig in Sachen Anmeldungen weit vorne liegt, sind die Zahlen in

anderen mitteldeutschen Städten wie Magdeburg und Erfurt deutlich niedriger. Magdeburg zählte Ende September etwa 50 Anmeldungen, Erfurt rund 62. In Dresden waren es 255. ■



Anmeldungen für Änderung des Geschlechtseintrags in Leipzig 2024



Jürgen Kasek (2. v. l.) und Irena Rudolph-Kokot (r.) gemeinsam bei einer Demonstration.

POLITIK

Rudolph-Kokot geht

Kasek bleibt (vielleicht).

Von René Loch

Schon seit einiger Zeit hadern die beiden prominentesten Gesichter von „Leipzig nimmt Platz“ mit ihren Parteien. Eine von ihnen, Irena Rudolph-Kokot, gab am Dienstag ihren Austritt aus der SPD bekannt; der andere, Jürgen Kasek, erklärte am selben Tag, bald über seine Zukunft bei den Grünen entscheiden zu wollen.

Rudolph-Kokot begründet ihren Austritt damit, dass die SPD nicht ausreichend die Ziele verfolge, die für die Gewerkschafterin wichtig seien. Bürgergeld in der ursprünglich gedachten Version, eine Kindergrundsicherung sowie kostenlose Bildung und kostenloser ÖPNV sind einige der Themen, die dazugehören.

Stattdessen beteilige sich die SPD an einem „autoritären Kurs“, an einer „Demontage“ des Asylrechts und an einer Schlechterstellung von Bürgergeld-Empfänger*innen. Die aktuelle Bundesregierung sei „weder sozial gerecht noch humanistisch noch fortschrittlich“. Das jüngste Ergebnispapier aus den Kennenlerngesprächen in Sachsen zeige zudem,

dass diese Einschätzungen auch für die Landes-SPD gelten würden.

Überraschend ist der Schritt nicht. Wenige Wochen vor der Landtagswahl hatte sich Rudolph-Kokot von der Landesliste der sächsischen SPD zurückgezogen und war nur noch als Direktkandidatin in ihrem Wahlkreis angetreten. Auf Nachfrage der Leipziger Zeitung ließ sie ihre Zukunft in der SPD damals offen. Sie habe „immer noch die Hoffnung, dass sich die Partei ändert“, sagte Rudolph-Kokot vor etwas mehr als zwei Monaten.

Kasek vermisst Grundüberzeugungen der Partei

Anlässlich der Austrittserklärung seiner „geschätzten Freundin“ meldete sich heute auch Grünen-Mitglied Jürgen Kasek zu Wort. Von den Grundüberzeugungen, für die er vor 27 Jahren in die Partei eingetreten sei, sei heute „nicht mehr so schrecklich viel geblieben“. Problematisch sei für ihn unter anderem die Zustimmung zum sogenannten Sicherheitspaket der Bundesregierung,

der Ausbau von LNG-Terminals und die Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete.

Aus Sicht von Kasek sei es zwar notwendig, Kompromisse einzugehen – was radikale Klimaschützer*innen teilweise anders sehen würden –, aber seine eigenen Grenzen seien womöglich erreicht. In „nicht allzu ferner Zeit“ wolle Kasek mitteilen, ob er „gehe oder bleibe“.

Die Grünen würden mit Kasek eine der prominentesten und umstrittensten Figuren in Sachsen verlieren, wenngleich sein Einfluss nach den Vorwürfen wegen Fehlverhalten gegenüber Parteimitgliedern sowie dem verpassten Wiedereinzug in den Stadtrat deutlich gesunken ist. Von 2014 bis 2018 war Kasek sogar Sprecher des sächsischen Landesverbandes.

Ähnlich prominent ist der Abgang bei der SPD. Rudolph-Kokot war zwar nie Stadträtin oder Landtagsabgeordnete, aber von 2021 bis 2023 Vorsitzende des Leipziger Stadtverbandes. Zudem ist sie vor allem wegen ihres antifaschistischen Engagements überregional bekannt. ■

Lyrik für besondere Momente
Gaudenz, Rilke, Brecht.



ÜBERM SCHREIBTISCH LINKS

Dem Menschen ein Helfer

Lyrik für besondere Momente – Gaudenz, Rilke, Brecht –
Eine Literarische Kolumne.

Von Jens-Uwe Jopp

Die beste Jahreszeit für die Poesie? Das ist der Herbst. Die folgenden Zeilen sind jedem bekannt - Bunt sind schon die Wälder - gelb die Stoppelfelder - und der Herbst beginnt - rote Blätter fallen - graue Nebel wallen - kühler weht der Wind. Den Autor kennt man weniger – Johann Gaudenz (1764-1834) – Nationalität Schweizer. Freund von Goethe und Schiller, aber das macht nichts. Seine wehmütigen Jahreszeitenzeilen treffen ein Gefühl der Vorsaison des Winters, eignen sich wunderbar auf einer Fahrrad-Überlandtour zur sprachlichen Bebilderung des buntblättrigen Naturschauspiels, wenn der Herbst seine nachsommerliche Wärme und Pracht entfaltet. Gaudenz war Soldat, diente 10 Jahre lang bis 1789 bei den „Falschen“ in der bürgerlichen Erfolgs-Geschichte. In der Schweizergarde, die zu Beginn der Französischen Revolution das „Alte“, die Monarchie, den gesellschaftlichen „Anti-Fortschritt“, zu verteidigen half.

Mich interessiert in dem Falle augenblicklich der Mensch hinter den Zeilen, die Geschichte der Zeit und seine Geschichte, ja, gerade wenn jemand etwas Über-Zeitliches geschaffen hat, das die Menschen bewegt und ihnen gedanklich hilft bewusster zu erleben, weil irgendjemand dazu die ausdrucksstarken Worte gefunden hat. Hier ist es der Eindruck des Beginns einer Jahreszeit, banal eigentlich, weil so normal in der natürlichen Abfolge des Lebens. Und doch wiederum bedeutsam und, ja, in zweiter Instanz sofort politisch emanzipierend, sprachen

doch die Klassiker des Humanismus seiner Zeit vor dem Hintergrund des Grauens eines jakobinischen Tugendterrors nicht zufällig von der „Ausbildung des Empfindungsvermögens als das dringendere Bedürfnis unserer Zeit ... weil der Weg zu dem Kopf durch das Herz muss geöffnet werden.“ (Schiller, 8. Ästhetischer Brief, 1793)

Herzensbildung kommt vor Geistesbildung, das wusste schon die Oma. Und sie hatte recht. Die anhaltende Wirkung einer zweckrational-kalten Aufklärung mit Empathieverlust, weil unter ideologischem Vorbehalt – sie schien nach dem Ende des vergangenen Jahrhunderts an Wirkmächtigkeit zu verlieren – nach zwei schrecklichen Weltkriegen und anschließender Nuklearbedrohung, bei fortschreitender Umweltzerstörung. Alles Gründe für ein Mehr an klassischem „Empfindungsvermögen“. Es ist keine konjunkturelle Stimmungsschwankung, auch wenn es sich kulturpessimistisch anhört oder liest: Im Herbst 2024 scheint die „dunkle“ Kehrseite der Aufklärung sichtbarer denn je zu sein. Wirklich unvernünftig war und ist sie, die individuelle und staatliche Interpretation von „Freiheit und Gleichheit“ nicht nur unmittelbar nach 1789 – da sie niemals die „Abgründe“ im Menschen beseitigen konnte, ohne selbst zum „Abgrund“ zu werden – sie ist es zweifellos auch heute in einem gespaltenen Land mit einer Kultur des Rechthabens, die immer weiter wuchernd auf den Beeten der Profilverwundenen wachsen.

Ist man mittendrin, dabei sozusagen, kommt man sich manchmal vor wie auf einem Narrenschiff der Torheiten und schlimmer noch – wird Zeitzeuge zunehmender sozialer Verrohung. (Das ist beinahe überflüssig, so etwas zu schreiben, da es schon wieder in der „Pluralitätsmaschine“ der Alltagsmeinungen geschreddert und verworfen zu werden droht.) Da drohen die „bunten Wälder“ eines Johann Gaudenz schnell im kalten Grau und frühen Dunkel der Herbstabende und kalten Winternächte zu verschwinden. Sinnlos scheinen die Appelle an die „Ausbildung des Empfindungsvermögens“ zu sein, wenn der Mensch des Menschen Wolf bleibt, immer mörderischere Waffen ersinnt und sich vulgär-aufgeklärt dazu noch einer künstlichen Intelligenz bedient. Der universelle Humanismus-Gedanke von einer allgemeinen Verfasstheit der Menschenrechte? Er ist eindeutig auf dem Rückzug, zu befürchten ist, dass er gnadenlos einem sozial geteiltem und fehlinterpretierten Wohlstandsverständnis – national und global – zum Opfer fällt.

Vielleicht hilft es ja, sich an dieser Stelle beim Lyriker und sprachlichen Bewusstseins-Forscher Rainer Maria Rilke („Denn das Wort muss Mensch werden.“) Unterstützung zu holen? Nein, nicht mit einem „Herbsttag“ oder einem potenziell kräftigen „Panther“. Mir fallen beim Austro-Poeten Rilke ganz andere Zeilen ein ...

*Ich fürchte mich so vor der Menschen Wort.
Sie sprechen alles so deutlich aus.
Und dieses heißt Hund und jenes heißt Haus,
und hier ist der Beginn und das Ende ist dort.*

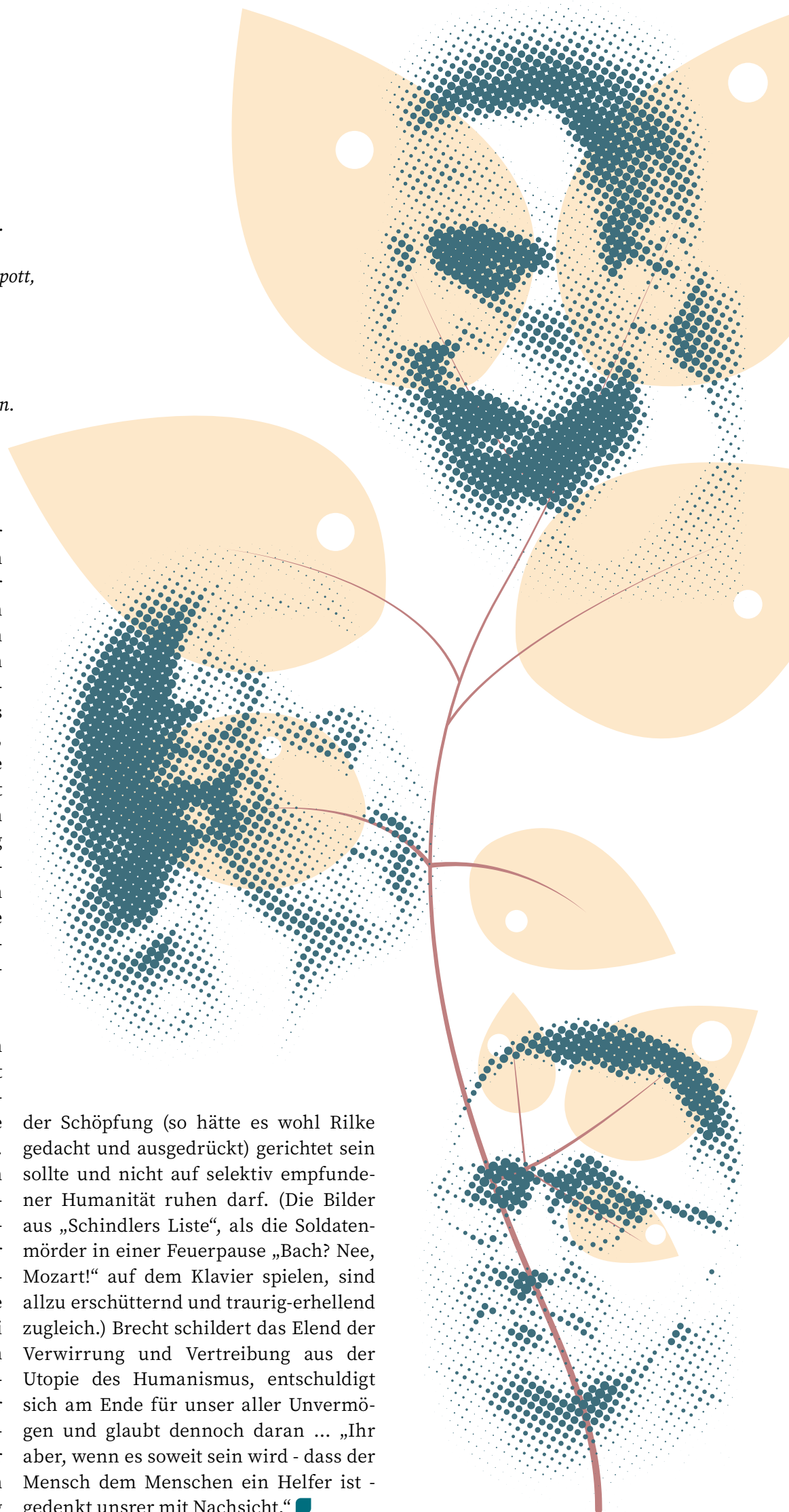
*Mich bangt auch ihr Sinn, ihr Spiel mit dem Spott,
sie wissen alles, was wird und war;
kein Berg ist ihnen mehr wunderbar;
ihr Garten und Gut grenzt grade an Gott.*

*Ich will immer warnen und wehren: Bleibt fern.
Die Dinge singen hör ich so gern.
Ihr rührt sie an: sie sind starr und stumm.
Ihr bringt mir alle die Dinge um.*

Wie zeitlos ist das denn! Und da ist der alte Rilke noch harmlos und vorsichtig in seinen Andeutungen spätaufklärerischer Kälte. Der kannte den „Shitstorm“ noch nicht, wusste aber vom „Spiel mit dem Spott“ und der inflationär betriebenen sprachlichen Entkernung der Kommunikation und werttragender Begriffe. Was mit Wohlstand, Glück, Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung? Ihr bringt mir alle die Dinge um, möchte man sich selbst mit Rilke die Antwort geben. Auch den Zeilen seiner religiösen Paraphrasierung spätbürgerlich-individueller Hybris – „ihr Garten und Gut grenzt gerade an Gott“ – kann man nur zustimmen, sie lassen einen dennoch beinahe verzweifelt zurück, blickt man sich on- und offline im Lande um. Aber ...

In Brechts zeit- und endlos langem Gedicht „An die Nachgeborenen“ erfährt die reflektierte Haltung des Herzens-Aufklärers, jedes „Gutmenschen“, die finale Dosis an Gesellschaftspessimismus. In Dänemark, dort, wo man eigentlich einen entspannten Herbsturlaub verbringen sollte, landete der episch-kritische Dramatiker-Gott auf der Flucht vor den Nazis in den 30er Jahren. Das Nichtzuglaubenwollende war eingetreten. Die Menschenfeindlichkeit und Barbarei waren seit 1933 staatlich sanktioniert in Deutschland. Immerhin, einige schafften es gegen den Strom zu denken. Aber „Wirklich, ich leben in finsternen Zeiten!“ war das vorangestellte Fazit einer Kapitulation allgemein-menschlichen Fortschritts, der nur auf Bewahrung

der Schöpfung (so hätte es wohl Rilke gedacht und ausgedrückt) gerichtet sein sollte und nicht auf selektiv empfundener Humanität ruhen darf. (Die Bilder aus „Schindlers Liste“, als die Soldatenmörder in einer Feuerpause „Bach? Nee, Mozart!“ auf dem Klavier spielen, sind allzu erschütternd und traurig-erhellend zugleich.) Brecht schildert das Elend der Verwirrung und Vertreibung aus der Utopie des Humanismus, entschuldigt sich am Ende für unser aller Unvermögen und glaubt dennoch daran ... „Ihr aber, wenn es soweit sein wird - dass der Mensch dem Menschen ein Helfer ist - gedenkt unsrer mit Nachsicht.“ ■



Die Tageszeitung ohne Volk
www.L-I-Z.de

